



WIE UNSER LAND SOLIDARISCH, FEMINISTISCH UND ÖKOLOGISCH AUS DER KRISE HERVORGEHEN KANN

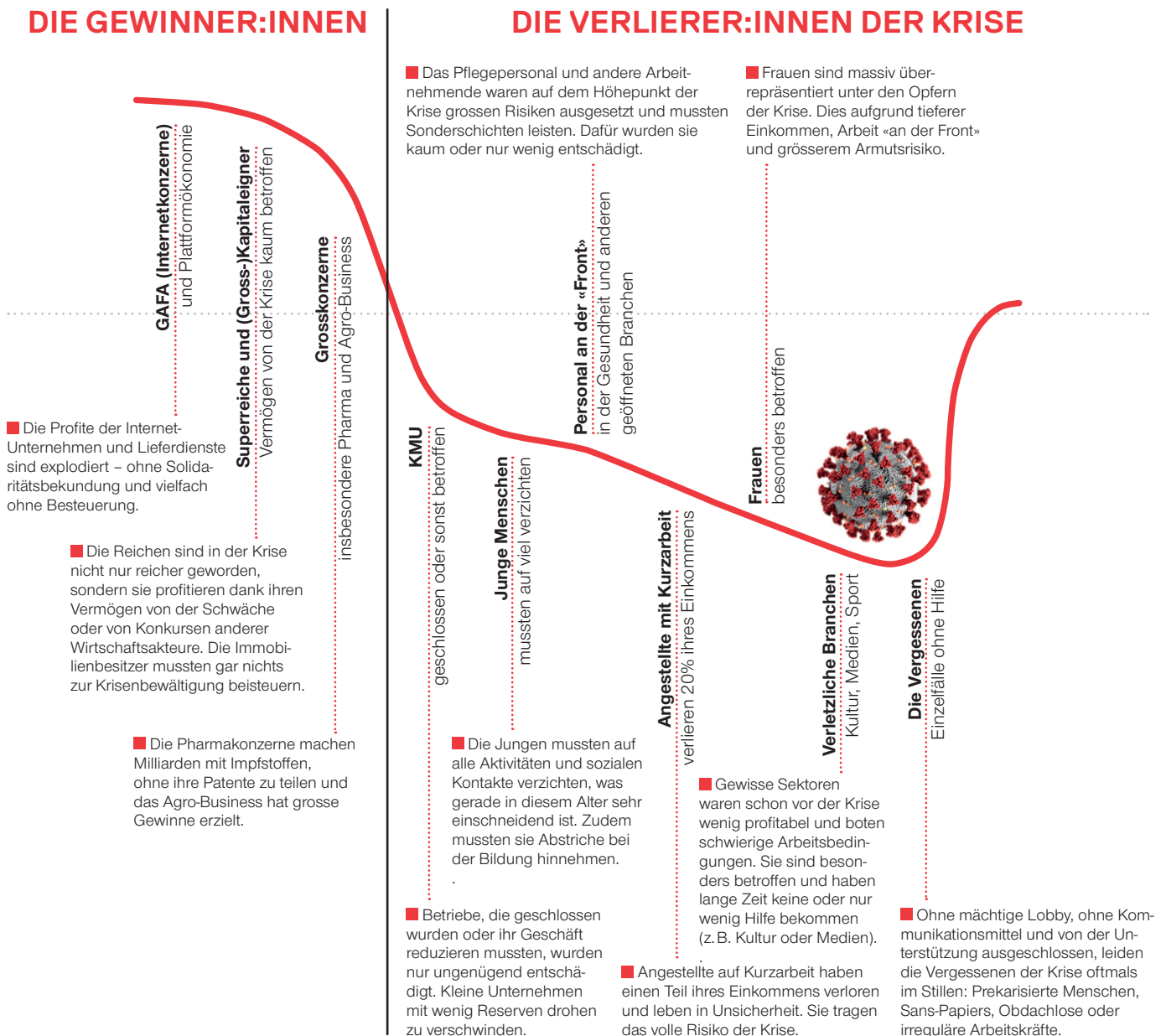
Ein Neustart für mehr Gemeinwohl als Antwort auf die Krise

Die Schweiz ist gut aufgestellt, um gestärkt aus dieser globalen Krise hervorzugehen. Die nötigen Mittel dazu sind vorhanden. Die SP Schweiz schlägt darum ein Neustart-Programm vor, das sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert. Sie ist überzeugt, dass unser Land genügend Ressourcen hat, um diese Massnahmen umzusetzen und damit auch Herausforderungen anzugehen, die sich unabhängig von der Corona-Krise stellen.



1 DIE COVID-19-KRISE IST HART, SIE TRIFFT ABER NICHT ALLE AUF DIE GLEICHE WEISE

Die unmittelbarsten Opfer der Corona-Krise sind natürlich jene Menschen, die direkt von Covid-19 betroffen sind. Menschen, die sterben, krank werden, Folgeschäden erleiden oder Angehörige verlieren. Aus einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Perspektive hat die Krise die Ungleichheit dort verschärft, wo sie ohnehin schon stark ausgeprägt war. Wenn das BIP um 3% sinkt, dann trifft das nicht alle gleich hart. Im Schnitt sind Personen mit hohen Einkommen viel weniger hart betroffen als jene mit tiefen Einkommen. Es gibt Verlierer:innen, aber auch Gewinner:innen:



Selbst wenn es nach der Krise einen Aufschwung gibt, werden viele Schäden dauerhaft sein und es wird Personen geben, die in die Armut gerutscht sind und Unternehmen, die zerstört oder dauerhaft geschädigt wurden. **Ein Neustart-Programm muss darum die Stärken der Schweiz betonen und gleichzeitig die Lebensbedingungen der Menschen verbessern, welche die Krise besonders hart getroffen hat.** Denn die Personen, die schon vor der Krise wirtschaftlich schwach waren, mussten stark leiden und wurden ungenügend unterstützt – während andere in der Krise sogar profitierten. Es ist darum zentral, dass ein Neustart-Programm die Opfer der Krise rasch wieder auf die Beine bringt. Es wird nicht reichen, einfach die Verluste zu kompensieren.

EINE SOLIDARISCHE UND RASCHE ANTWORT AUF DIE KRISE

Die unmittelbare Antwort auf die Krise muss dem immer gleichen Prinzip folgen: Die Schäden der Krise müssen gemeinsam bewältigt werden. **Jene Menschen, die die Krise hart getroffen hat, müssen eine ausreichende Entschädigung erhalten.** Die Kosten dafür müssen von der Gesellschaft getragen werden, die nötigen Mittel für ein solches Neustart-Programm sind vorhanden. Folgende Grundsätze sind einzuhalten:



DIE EINKOMMEN VON ALLEN SICHERN

Die Angestellten, die 20 % ihres Einkommens oder sogar ihre Stelle verloren haben, die Arbeitslosen, die Selbständigen, die Temporärarbeitenden und die Besitzer:innen kleiner Unternehmen – sie alle haben an Einkommen und Kaufkraft verloren und müssen **vollständig entschädigt** werden. Nur so kann der Neustart der Wirtschaft gelingen. Diese Massnahme ist gerecht, denn die Betroffenen sind unschuldig an der Krise und die gesundheitspolizeilichen Massnahmen wurden demokratisch beschlossen.



SYSTEMRELEVANTE LEISTUNGEN BESSER ANERKENNEN

In der Pflege, bei den Grossverteilern oder in der Transport- und Logistikbranche sind die Arbeitsbedingungen besonders hart. Die Arbeitnehmenden mussten in der Krise grosse Risiken auf sich nehmen. Diese Risiken müssen kompensiert werden. **Vor allem aber braucht es eine Aufwertung dieser systemrelevanten Berufe und bessere Arbeitsbedingungen** als Anerkennung für die grosse Arbeit, die in der Krise geleistet wurde und geleistet wird.



DIREKT ODER INDIREKT BETROFFENE UNTERNEHMEN VOLLSTÄNDIG ENTSCHÄDIGEN

Zahlreiche Unternehmen mussten ihre Aktivitäten reduzieren oder einstellen. Wie andere, indirekt betroffene Unternehmen, mussten sie trotzdem ihre Fixkosten bezahlen. Eine Konkurswelle als Folge der Krise wäre eine Katastrophe für die Wirtschaft und die Arbeitsplätze und würde den Neustart massiv erschweren. Darum lieber heute entschädigen, um den Crash zu verhindern, als später ein Vielfaches bezahlen zu müssen. Von den sozialen Dramen, die damit verbunden wären, ganz zu schweigen. **Darum müssen alle Verluste entschädigt werden.**



NIEMANDEN ZURÜCK LASSEN

Es braucht eine **Erwerbsversicherung** für Personen, die während der Krise nicht von anderen Hilfen profitieren konnten. Dringlich ist eine Lösung für alle Betroffenen und alle Einzelfälle, die sonst durch die sozialen Netze fallen, sowie für jene Covid-19-Betroffenen, die schon vor der Krise in prekären Bedingungen leben mussten.

3

EIN SOZIALER, FEMINISTISCHER UND ÖKOLOGISCHER NEUSTART FÜR MEHR GEMEINWOHL



Investieren bedeutet, jetzt einen Effort zu leisten, um später mehr zu haben. Eine solche Investition braucht es, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln und die Folgen der Krise zu bewältigen. Aber auch, um eine Transformation in Gang zu setzen, die das Leben von uns allen verbessert. Damit unser Land stärker wird, braucht es insbesondere drei Achsen:



SOZIALE GERECHTIGKEIT

Einkommen und Vermögen müssen gerechter verteilt werden. Die Macht darf nicht konzentriert sein, die Armut muss bekämpft werden, die Demokratie gestärkt. Wir können mehr leisten, ohne mehr Ressourcen zu verbrauchen. Dafür stärken wir das Gemeinwohl. Die Krise hat die Menschen mit tiefen Einkommen und wenig Vermögen am härtesten getroffen. Der Neustart muss darauf abzielen, die Lebensbedingungen dieser Menschen zu verbessern.



FEMINISMUS

Die Arbeit von Frauen wird noch immer schlechter bezahlt als jene von Männern. Ein grosser Teil der nicht-bezahlten Arbeit wird von Frauen geleistet. Es ist nötig, unsere Arbeitsverhältnisse zu verändern und die Ungerechtigkeiten zu beseitigen, die sich aus diskriminierenden Rollenbildern und kapitalistischer Verwertungslogik ergeben. Frauen arbeiten oft in stark von der Krise betroffenen Sektoren und haben darum häufiger ihre Stelle verloren als Männer.



KLIMASCHUTZ

Mehr Klimaschutz ist eine Notwendigkeit, erst recht aus einer langfristigen Perspektive. Die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und die Zerstörung der Umwelt werden sehr teuer für die kommenden Generationen. Darum müssen wir jetzt unser Bewusstsein ändern und Massnahmen treffen, um die Umwelt und das Klima zu schützen. Wegen der Corona-Krise konnten Investitionen, die für den klimapolitischen Umbau des Landes nötig wären, nicht getätigt werden.

4

VIER SEKTOREN, IN WELCHE PRIORITÄR INVESTIERT WERDEN MUSS



GESUNDHEIT UND «CARE»

Das Neustart-Programm muss jene Schwächen beheben, die durch die Corona-Krise offen gelegt wurden. Es braucht eine Aufwertung der Pflege sowie eine neue Organisation und Finanzierung unseres Gesundheitswesens. Und die Lücken in den Sozialsystemen unseres Landes müssen geschlossen werden.

Die Pflege muss **menschlicher** werden, von Spitälern über die Spitex bis zu den Altersheimen. **Die Arbeitsbedingungen, die Ressourcen und die Ausbildung müssen massiv gestärkt werden, damit der steigende Pflegebedarf bewältigt werden kann.** Das Pflegesystem muss in der Lage sein, Krisen zu bewältigen und das Personal an der Front muss entsprechend entlohnt werden, auch indem Mittel aus anderen Gesundheitsbereichen umgeleitet werden. **Die Pflege darf nicht mehr nach einer «Just-in-time»-Logik organisiert sein, wo die Ressourcen möglichst knapp gehalten werden.** Prävention und Früherkennung müssen prioritär werden, auch in der Pflege. Kurz: Die Arbeit in der Pflege muss attraktiver werden.

Wichtig sind ausserdem folgende Massnahmen:

- Die Unterstützung für pflegende Angehörige verbessern
- Die Wissensbasis im Pflegebereich verbessern und einfacher zugänglich machen
- Die Kapazitäten in Forschung und Produktion im Gesundheitswesen ausbauen
- Die Erkenntnisse und Prinzipien von «Public Health» auch in anderen Bereich anwenden, zum Beispiel im Städtebau.



Der Zugang zur Pflege und deren gerechte Finanzierung sind Grundlagen unserer Gesellschaft. Obwohl die Pflege extrem wertvoll ist, erhält sie sehr wenig Mittel und Prekarisierung ist leider eine Realität.



Die Frauen sind von den schlechten Arbeitsbedingungen in der Pflege besonders betroffen. Erst recht, weil sie in den höheren Hierarchiestufen und Lohnklassen untervertreten sind.



Ein leistungsfähiges Gesundheitswesen erlaubt es, die Folgen von Umweltzerstörung besser zu bewältigen. Ein gutes öffentliches Gesundheitswesen und eine intakte Umwelt sind kongruente Ziele.



LEBENSLANGE BILDUNG

Die Covid-Krise wird die Schwachstellen im Bereich Umschulung und Weiterbildung noch verstärken und Personen ohne vollständige Ausbildung werden noch mehr Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt haben.

Bildung ist eine der lohnendsten Investitionen, die der Staat machen kann. Heute jedoch gibt es zahlreiche Lücken. **Der Bund muss einen breit angelegten Plan für Aus- und Weiterbildung auflegen – und zwar für alle Menschen, jung bis alt.** Das reicht vom Zugang zu frühkindlicher Förderung bis zum Eintritt ins Berufsleben, niemand darf in unserem Bildungssystem durch die Maschen fallen. Während des Berufslebens soll jeder und jede ein Anrecht auf Weiterbildung oder Umschulung haben. Und schliesslich soll Bildung nicht mit der Pensionierung enden. Wichtig: Die Kosten für Weiterbildung und Umschulung müssen aufgeteilt werden, auch Unternehmen müssen sich beteiligen.

Wichtig sind ausserdem folgende Massnahmen:

- Das Recht auf Weiterbildung für alle auf Gesetzesebene verankern
- Programme entwickeln für eine Finanzierung von Nachhilfeunterricht durch den Bund
- Die Umschulungsangebote ausbauen für jene Branchen, die von der Krise besonders stark betroffen sind
- Stipendien ausbauen, um Arbeitslosigkeit bei jungen Menschen zu verhindern



Der Zugang zu Bildung, auch zu Weiterbildung, ist ein wichtiger Faktor zur Erklärung von Ungleichheit. Mehr und bessere Bildung führt auch zu einer Entlastung der Sozialversicherungen. Bildung ist der Schlüssel zur Teilhabe an der Gesellschaft.



Wenn der Zugang zu Weiterbildung fehlt oder es keine Betreuungsstrukturen gibt, sind Frauen oft die Leidtragenden. Ausserdem arbeiten Frauen öfters in Branchen, wo die Möglichkeiten für Weiterbildung begrenzt sind.



Wenn das allgemeine Bildungsniveau steigt, so erhöht das die Einsicht in eine Notwendigkeit der ökologischen Transformation unserer Gesellschaft.



SCHUTZ DER UMWELT UND KLIMAGERECHTIGKEIT

Die Corona-Krise hat die Gefahr der Klimaerhitzung nicht zum Verschwinden gebracht. Es gibt nach wie vor einen riesigen Investitionsbedarf im Bereich Klima und Nachhaltigkeit.

Der Bund muss ein massives Programm lancieren, um **Gebäude klimatisch und energetisch zu sanieren**. Damit verbunden braucht es eine finanziell gesicherte Garantie, dass **Mieten und Nebenkosten nach der Sanierung nicht steigen**.

Wichtig sind ausserdem folgende Massnahmen:

- Die nicht benötigten Covid-Bürgschaften bis zum Plafond von 40 Milliarden für Projekte einsetzen, die zur Erreichung der Pariser Klimaziele beitragen (Forschung, Industrie, Fahrzeugflotte)
- Die Geschwindigkeit vervierfachen mit der Fotovoltaik und andere erneuerbare Energien ausgebaut werden
- Die Fahrzeugflotte rasch elektrifizieren und ein Netz von Ladestationen aufbauen
- Gemeinden unterstützen, die Fernwärmenetze aufbauen
- Den Finanzsektor neu ausrichten in Richtung klimapolitische und soziale Ziele, öffentliche Gelder in die Entwicklung erneuerbarer Technologien investieren, Forschungsprogramme im Bereich Klimapolitik ausbauen, die sozialen Folgen der Umweltpolitik untersuchen
- In die Transformation des Tourismus investieren, um diesen nachhaltiger und wirtschaftlich solider zu machen



Umweltschäden werden oft durch Konzerne und Superreiche verursacht, bezahlt werden sie jedoch von der ganzen Bevölkerung. Die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen der Klimakrise treffen die tiefen Einkommen besonders hart.



Frauen müssen die Folgen des Klimawandels stärker tragen als Männer. Gleiches gilt für die Kosten. Dabei werden die Umweltschäden oft von Personen in Machtpositionen verursacht, in der Mehrheit Männer.



Die Begrenzung der Klimaerhitzung und der Kampf gegen Umweltzerstörung müssen von der öffentlichen Hand geführt werden. Private Akteure haben wirtschaftlich keine Anreize dafür, obwohl gerade die Immobilien- und die Finanzbranche einen grossen Teil der Verantwortung für die Klimakrise tragen.



INFRASTRUKTUR UND TECHNOLOGIE

Technologische Fortschritte können der Schweizer Bevölkerung und der ganzen Welt einen Mehrwert bringen. Darin liegt nach wie vor ein grosses Potenzial unseres Landes. Die Krise hat gezeigt, dass die Technologien zur Zusammenarbeit noch immer fehleranfällig sind und in den Kinderschuhen stecken. Die Schweiz kann hier eine zentrale Rolle einnehmen.

Es braucht Investitionen in einen **Service public der neuen Technologien**, der freien **Informationszugang, Sicherheit und Transparenz** garantiert. Informationen, Knowhow und Zugang zu digitalen Infrastrukturen müssen frei sein und allen dienen, nicht nur wenigen. Ebenfalls ist zentral, dass die ganze Bevölkerung Zugang zu diesen Technologien hat, ohne dass jene benachteiligt werden, die sich damit nicht wohl fühlen. Schliesslich müssen Daten, insbesondere sensible Daten wie Gesundheits- oder Identitätsdaten, zwingend in Obhut der öffentlichen Hand sein, ohne Möglichkeit der Nutzung durch Dritte.

Wichtig sind ausserdem folgende Massnahmen:

- Mehr Finanzmittel bereitstellen für die Stiftung Switch zur Förderung neuer Technologien in der Schule
- Forschungs- und Entwicklungsprojekte finanzieren, die ortsunabhängige Arbeit erleichtern und innovative Lösungen in Bereichen wie Gesundheit, Sicherheit und Mobilität entwickeln
- Eine nationale Plattform mit kulturellen Angeboten entwickeln, um damit die Kulturschaffenden zu unterstützen
- Die Wissenschaftskommunikation verbessern und die Zugänglichkeit von Wissenschaft verbessern
- An internationalen Programmen teilnehmen, die eine Verbesserung der Dateninfrastruktur anstreben und Möglichkeiten zur sicheren und offenen Zusammenarbeit entwickeln



Der ungleiche Zugang zu Technologie und Informationen trägt wesentlich zur Konzentration von Reichtum und zur Vergrösserung von Ungleichheit bei und ist gleichzeitig eine Hürde für Innovationen.



Die Privatisierung von Wissen verstärkt bestehende Ungleichheiten und verhindert eine Überwindung der alten Rollenbilder. Ein freier Zugang zu Wissen und Forschung sowie deren öffentliche Förderung tragen zur Gleichstellung bei.



Die Entwicklung neuer Technologien ist logischerweise nicht die einzige Antwort auf die Klimakrise. Aber Technologie kann ein wichtiger Teil der Lösung sein.

5

DREI FINANZQUELLEN, VON DENEN JEDE ALLEINE AUSREICHEND WÄRE

Der Schweizer Bundeshaushalt steht finanziell sehr gesund da: Jedes Jahr schreibt der Bund strukturelle Überschüsse, die Nationalbank schüttet jährlich mehrere Milliarden aus und zudem kann sich der Bund zu Negativzinsen verschulden. Das heisst, dass neue Schulden das Land nicht nur nichts kosten, die Schweiz verdient über lange Sicht sogar noch daran. Der Bund erwartet Sonderausgaben von rund 45 Milliarden Franken, um die Folgen der Krise zu kompensieren. Dazu kommen rund 10 Milliarden Franken, um die Lücken in den bestehenden Hilfen zu decken.

Wenige Länder haben einen grösseren finanziellen Spielraum als die Schweiz. Es gibt diverse Optionen für die Finanzierung und ein sehr ambitionierter Investitionsplan ist realistisch. Und selbst dann bleibt genügend Geld, um andere grosse Projekte wie zum Beispiel die AHV-Reform zu finanzieren. Ein **Investitionsvolumen von 60 Milliarden Franken** in den vier prioritären Sektoren ist absolut machbar und entspricht immer noch weniger als 10% des jährlichen BIP. **Wobei diese Investitionen genau genommen gar keine Ausgaben sind: Was heute investiert wird, ist der Mehrwert – gesellschaftlich wie finanziell – von morgen.**

Bedarf



Gesamtsumme ▶ 115 Mrd.

55 Mrd.

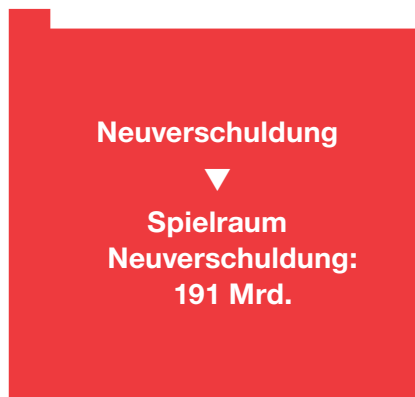
Entschädigung für Betroffene der Corona-Krise

60 Mrd.

Neustart-Programm in den Bereichen

- Gesundheit,
- Aus- und Weiterbildung,
- Klimaschutz,
- Infrastruktur und Technologie

Quellen



Negativzinsen für 50 Jahre

Gewinn auf 30 Jahre gerechnet:
10 Milliarden

Verschuldung heute:
26% BIP

Maastricht-Kriterien:
60% BIP



Reserven:
900 Mrd.



Kosten der Steuerhinterziehung:
80 Mrd. auf 20 Jahre

GAFA-Besteuerung:
20 Mrd. auf 20 Jahre

99%-Initiative, Solidaritätszuschlag für Superreiche:
20 Mrd. auf 20 Jahre

Die Schweiz verfügt in Wirklichkeit über einen Spielraum für Verschuldungen von mehr als 191 Milliarden, ohne dabei die Verschuldungsquoten der Nachbarländer zu erreichen oder die Maastricht-Kriterien zu verletzen. Kommt dazu, dass diese Verschuldung dem Land dank der Negativzinsen Milliarden einbringt. Die Nationalbank verfügt über gewaltige finanzielle Reserven, die heute nicht angetastet werden und eigentlich der Bevölkerung gehören. Diesen Spielraum zu nutzen, könnte sogar zu einer willkommenen Schwächung des überbewerteten Schweizer Frankens beitragen – und es würde die Bevölkerung nichts kosten.

Die grossen (Kapital-)Eigentümer, die Internetgiganten und die Grosskonzerne, die sich während der Krise massiv bereichert haben, müssen sich auch solidarisch zeigen. Mit der 99%-Initiative und anderen Solidaritätsabgaben können die Bevölkerung und die Lohnempfänger:innen entlastet werden. Stattdessen sollen die Superreichen mit ihren Vermögen, die ohne Arbeit gewachsen sind, zur solidarischen Finanzierung beitragen. Damit leisten sie erst noch einen Beitrag zur Verminderung der Ungleichheit von Reichtum und Macht.

Wenn die USA einen Wiederaufbauplan von 1900 Milliarden und die EU einen Plan von 750 Milliarden vorlegen, kann die Schweiz nicht untätig bleiben und darauf hoffen, von den Anstrengungen der anderen zu profitieren. Der Kampf gegen die Pandemie ist ein globaler Effort, zu dem alle gemäss ihren Möglichkeiten beitragen müssen. Die Schweiz verfügt bei weitem über genügend Mittel, um alle Opfer der Krise aufzufangen und um gestärkt aus der Krise herauszukommen. Dazu braucht es ein ambitioniertes Neustart-Programm, das unter dem Strich mehr einbringt als es kostet – sowohl was das Gemeinwohl betrifft wie die Finanzen. Austerität, Kürzungsprogramme oder Steuersenkungen für Krisengewinnler würden die Krise nur verstärken, ohne dass das Land und seine Menschen irgendetwas davon hätten.